

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2006

Nr. 43

ausgegeben am 15. Februar 2006

Verordnung

vom 24. Januar 2006

**über die Ausrichtung von Beiträgen an die
Kosten für die Entsorgung von tierischen
Nebenprodukten**

Aufgrund von Art. 11a des Gesetzes vom 20. Oktober 1966 über die Bekämpfung von Tierseuchen, LGBL 1966 Nr. 27¹, in der Fassung des Gesetzes vom 14. Dezember 2005, LGBL 2006 Nr. 42, verordnet die Regierung:

Art. 1*Beiträge*

An die Kosten der Entsorgung von tierischen Nebenprodukten, die nach den Art. 22 bis 24 der schweizerischen Verordnung über die Entsorgung von tierischen Nebenprodukten (VTNP; SR 916.441.22) verbrannt oder auf andere Weise entsorgt werden müssen, werden folgende Beiträge ausgerichtet:²

- a) für jedes Kalb 25 Franken an den Betrieb, in dem das Kalb geboren worden ist;
- b) für jedes geschlachtete Tier der Rindergattung 25 Franken an den Schlachtbetrieb;
- c) für jedes geschlachtete Tier der Schaf-, Ziegen- und Schweinegattung 4.50 Franken an den Schlachtbetrieb.

¹ LR 916.41

² Art. 1 Einleitungssatz abgeändert durch LGBL 2011 Nr. 336.

Art. 2

Voraussetzungen für die Ausrichtung der Beiträge

1) Für Tiere der Rindergattung werden die Beiträge ausgerichtet, wenn die Meldung der Geburt oder die Meldung der Schlachtung eines Tieres bei der Tierverkehrsdatenbank eingegangen ist.¹

1a) Für Tiere der Schweinegattung werden die Beiträge ausgerichtet, wenn die Meldung der Schlachtung eines Tieres bei der Tierverkehrsdatenbank eingegangen ist.²

2) Für Tiere der Rindergattung muss bei der Meldung der Schlachtung die Meldung der Geburt in der Tierverkehrsdatenbank registriert sein.³

3) Für Tiere der Rindergattung muss bei der Meldung der Schlachtung die Tiergeschichte lückenlos in der Tierverkehrsdatenbank registriert sein. Die Tiergeschichte beinhaltet je Betrieb, in dem sich das Tier befunden hat:⁴

- a) die Identifikationsnummer des Betriebes;
- b) die Betriebsadresse;
- c) die Art der Tierhaltung;
- d) die Meldung der Geburt;
- e) die Zugangs- und Abgangsdaten.

4) Die Beiträge an die Schlachtbetriebe werden nur ausgerichtet, wenn die tierischen Nebenprodukte von Tieren der Rinder-, Schaf-, Ziegen- und Schweinegattung in Entsorgungsbetrieben entsorgt und die Anforderungen nach Art. 36 Abs. 2 VTNP erfüllt worden sind.⁵

Art. 3⁶*Auszahlung und Verrechnung der Beiträge*

1) Die Auszahlung und Abrechnung der Beiträge erfolgt durch den Betreiber der Tierverkehrsdatenbank nach Massgabe der Vereinbarung zwischen dem Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen und dem Bundesamt für Landwirtschaft.

1 Art. 2 Abs. 1 abgeändert durch LGBL 2013 Nr. 240.

2 Art. 2 Abs. 1a eingefügt durch LGBL 2013 Nr. 240.

3 Art. 2 Abs. 2 abgeändert durch LGBL 2013 Nr. 240.

4 Art. 2 Abs. 3 Einleitungssatz abgeändert durch LGBL 2013 Nr. 240.

5 Art. 2 Abs. 4 abgeändert durch LGBL 2011 Nr. 336.

6 Art. 3 abgeändert durch LGBL 2013 Nr. 240.

2) Der Betreiber der Tierverkehrsdatenbank kann die Beiträge mit den Gebühren, welche die Betriebe nach der schweizerischen Verordnung über die Gebühren für den Tierverkehr (SR 916.404.2) schulden, verrechnen.

3) Bei der Überweisung der Beiträge an die Schlachtbetriebe werden die von den Schlachtbetrieben nach Art. 38a der schweizerischen Tierseuchenverordnung (TSV; SR 916.401) zu erhebenden Schlachtabgaben abgezogen.

Art. 4

Rechtsmittel

1) Wer mit der Abrechnung der Beiträge oder der Schlachtabgaben nicht einverstanden ist, kann innert 30 Tagen beim Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen eine Verfügung verlangen.¹

2) Gegen Verfügungen und Entscheidungen des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen kann binnen 14 Tagen ab Zustellung Beschwerde bei der Regierung erhoben werden.

3) Gegen Verfügungen und Entscheidungen der Regierung kann binnen 14 Tagen ab Zustellung Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof erhoben werden.

Art. 5

Übergangsbestimmungen

1) Für Tiere der Rindergattung, die vor dem 1. Dezember 1999 geboren wurden, ist die Meldung der Geburt nach Art. 2 Abs. 2 nicht erforderlich.

2) Für Tiere der Rindergattung, die vor dem 1. April 2004 geboren wurden, ist die Tiergeschichte nach Art. 2 Abs. 3 nicht erforderlich.

Art. 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage der Kundmachung in Kraft.

¹ Art. 4 Abs. 1 abgeändert durch LGBL 2013 Nr. 240.

Fürstliche Regierung:
gez. *Otmar Hasler*
Fürstlicher Regierungschef